

US-Gesetz für Schuldenstreichung auf dem Weg

Im Juni 2007 wurde dem US-Repräsentantenhaus der Vorschlag für ein neues Gesetz für verantwortliche Kreditvergabe und erweiterte Schuldenstreichung, der „Jubilee Act for Responsible Lending and Expanded Debt Cancellation“, vorgelegt. Dieses Gesetz will die Berechtigung für eine gänzliche Schuldenstreichung ohne schädliche Konditionalitäten auf 67 Länder des Südens ausdehnen.

Danielle Pals*

Hinter dem Jubilee Act steht das Jubilee USA Network, eine Allianz von über 80 Glaubensgemeinschaften, Menschenrechts-, Umwelt- und anderen Gruppierungen. Es organisierte als Teil einer breitangelegten Lobbying-Kampagne vom 6. September bis 16. Oktober 2007 auch ein 40tägiges Fasten zur Schuldenstreichung in den Ländern des Südens, um die Gesetzgeber in den USA zu ermutigen, den Jubilee Act zu unterstützen. Während dieser Zeit wurde das Gesetz von 30 Abgeordneten des Repräsentantenhauses unterzeichnet. Zur gleichen Zeit wurde dem US-Senat eine Kopie des Gesetzesvorschlages (sogenannte „companion bill“) vorgelegt. Sie zählt 21 Unterschriften, und zwar sowohl von Republikanern als auch Demokraten.

Der Jubilee Act ist ein Markstein in der Gesetzgebung und zielt auf die noch in den verarmten Ländern des Südens verbliebenen Schulden nach den Erfolgen der Jubilee 2000-Bewegung und dem G8-Gipfel von 2005. Das Gesetz würde die Berechtigung zur Schuldenstreichung auf alle Länder ausweiten, welche diese Streichung benötigen, um die Millennium-Entwicklungsziele der UNO zu erreichen. Die Zahl der berechtigten Länder würde in der Folge von 43 auf 67 steigen. Der Jubilee Act würde auch bestimmte schädliche wirtschaftliche und politische Konditionalitäten verbunden mit der Schuldenstreichung verbieten. Dazu zählen staatliche Ausgabenkürzungen, die Einführung von Gebühren für die medizinische Versorgung und von Schulgebühren oder die Beschneidung der Arbeitsrechte.

US-Rechnungsprüfer soll Schuldenaudits durchführen

Darüber hinaus will das neue Gesetz den US-Finanzminister, der sein Land in den internationalen Finanzinstitutionen vertritt, dazu verpflichten, auf internationaler Ebene daraufhin zu wirken, dass ein mehr verantwortungsvoller und transparenter Kreditvergabe-Rahmen geschaffen wird, um künftige Situationen einer untragbaren Schuldenlast zu vermeiden. Das Gesetz präzisiert, dass diese verbesserte internationale Architektur mehr auf

staatlichen Zuwendungen (statt Krediten) basieren sollte. Zudem sollte sie verbindliche Rahmenbedingungen für Gläubiger beinhalten für den Fall, dass ein Land seine Schulden nicht zahlen kann. Und sie sollte Massnahmen vorsehen, um die schädlichen Aktivitäten sogenannter Vulture Funds zu unterbinden. Schliesslich würde der Jubilee Act vom US-Rechnungsprüfer verlangen, dass er Schuldenaudits von Schulden-Portfolios früherer Regime durchführt, wenn es klare Hinweise gibt, dass diese Schulden von illegitimen oder illegalen Krediten stammen.

Jubilee Act hat gute Chancen

Da die Legislatur-Agenda 2008 wegen der kommenden Präsidentschaftswahlen kürzer ausfällt, hat Jubilee USA Network im Januar eine neue Kampagne, die „Measure Up! Campaign, gestartet. Sie soll gewählte Politiker und Leader dazu bewegen, für eine Schuldenstreichung einzutreten als Möglichkeit für die USA, ihren Verpflichtungen zur Bekämpfung der extremen Armut nachzukommen. Das Gesetz geniesst die starke Unterstützung beider Parteien. Die Chancen stehen deshalb gut, dass es zumindest von den Ausschüssen der beiden Häuser des Kongresses angenommen wird. Der Jubilee Act kann zu einem bedeutsamen positiven Wandel im internationalen Kreditwesen beitragen.

*Danielle Pals ist Campaignerin beim Jubilee USA Network
(aus dem Englischen von André Rothenbühler)